

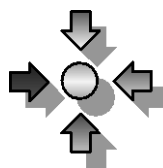
Umweltbericht gemäß § 2a, Satz 2 BauGB

*zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen -
Breitenbach*

Uwe Meyer

Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung
Stadtplanung
Ökologie
Forst



Stand: Fassung zur Genehmigung, Februar 2022

Inhaltsangabe

1. Einleitung
 - 1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung
 - 1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung
2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen
 - 2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen
 - 2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz
 - 2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt
 - 2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen
 - 2.1.4 Schutzgut Wasser
 - 2.1.5 Schutzgut Klima und Luft
 - 2.1.6 Schutzgut Landschaft
 - 2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter
 - 2.1.8 Wechselwirkungen
 - 2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung
 - 2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung
 - 2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten
 - 2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes
3. Zusätzliche Angaben
 - 3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung
 - 3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt
 - 3.3 Zusammenfassung
 - 3.4 Quellenangaben

1. Einleitung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die 101. Änderung des Flächennutzungsplans Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen - Breitenbach.

Mit der 101. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Hochschulstadt Siegen für den Bereich Breitenbach im Bereich „Reitstall Daub“ wird die Voraussetzung zur Schaffung von Sonderbauflächen, die der Erholung dienen, mit der Zweckbestimmung „Freizeit, Reiten und Touristik“ geschaffen. Diese FNP-Änderung wird im nachfolgenden Text des Umweltberichtes mit „FNP“ abgekürzt.

Der § 2 (4) BauGB regelt, dass für die Belange des Umweltschutzes in der Definition des Baugesetzbuches eine Umweltprüfung durchzuführen ist, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in diesem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

Die Gemeinde legt dazu, in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Diese Abstimmung erfolgte im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens nach § 4 (1) BauGB. Die von den Fachbehörden abgegebenen relevanten umweltbezogenen Aussagen wurden in die Umweltprüfung einbezogen bzw. in diesen Umweltbericht übernommen. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfungsmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.

1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung

Eine allgemeinverständliche Beschreibung des bauplanungsrechtlichen Vorhabens kann der Begründung zur FNP-Änderung und dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) mit Artenschutzvorprüfung (ASP I) entnommen werden. Aus den Planunterlagen können folgende umweltrelevante Inhalte und Ziele abgeleitet werden:

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst ca. 5,7 ha. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans gliedert sich die Flächennutzung innerhalb des Geltungsbereichs wie folgt:

- Sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 1 BauGB) ca. 3,6 ha
- Flächen für Landwirtschaft (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 9 BauGB) ca. 2,0 ha

Folgende Planungsziele werden verfolgt:

- Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen
- Schaffung von einem Sondergebiet für landwirtschaftliche Nutzung mit der Hauptnutzung „Reitsport“ und ergänzenden Nutzungen
- Erweiterung bereits vorhandener landwirtschaftlich geprägter Strukturen

- Sicherung von artgerechter Tierhaltung
- Aufrechterhaltung von marktfähigen Angeboten
- Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand
- Ergänzung durch gastronomische und/oder fremdenverkehrliche Angebote

Im Zusammenhang mit der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde auch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ beschlossen. Das FNP-Aufstellungsverfahren wird parallel zum B-Planverfahren durchgeführt.

Somit ist der § 2 (4) Satz 5 BauGB anzuwenden und zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen im Umweltbericht zu o.g. Bebauungsplan zu bearbeiten.

1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung

Regionalplan (RP)

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein). Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt. Ein kleiner Teil im Südwesten des Plangebiets ist als Waldbereich gekennzeichnet. Zudem liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung.

Ziel 13 und Grundsatz 9 (1) RP i.V.m. Grundsatz 7.1-1 LEP mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 RP: Die Inanspruchnahme von Freiraum ist auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsangepasst zu gestalten.

Folgende Planungsansätze tragen zur Berücksichtigung dieser Ziele/Grundsätze bei:

- Bauliche Erweiterungen sind nur auf 5.230 m² möglich (bei ca. 15.370 m² bestehender Bau- und Grundfläche)
- Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert.
- Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild ist Ziel des Bebauungsplanes.
- Ausgleichsmaßnahmen aus vorliegenden Baugenehmigungen werden im Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen gesichert.
- Der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung soll erhalten werden und gestalterisch Bezug auf den Bestand genommen werden. Zudem wird besonders Augenmerk auf die gewünschte Fernwirkung aus Richtung Breitenbach (Ortskern) gelegt.
- Insbesondere regelt der Bebauungsplan umfangreich erlaubte bzw. verbotene Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben.

Der textliche Hinweis „Pflanzgebot“ ist ebenfalls dazu angetan, Eingriffe in das Landschaftsbild zu vermindern.

Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für die Landwirtschaft und ein kleiner Teil als Fläche für die Forstwirtschaft gekennzeichnet. Zudem wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Der FNP wird im Parallelverfahren geändert.

Landschaftsplan (LP)

Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen. Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Allee und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Erhaltungsziele und Schutzzwecke von NATURA 2000-Gebiete sind mehr als 300 m entfernt und somit von dieser Planung nicht betroffen.

Fachgesetze

Die in Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Satzungen) festgelegten Ziele des Umweltschutzes wurden bereits auf der Ebene der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung, so weit wie im Rahmen der Abschichtung auf dieser Planungsebene möglich, beachtet (s.o.).

Für die Umsetzung der allgemeinen Ziele des § 1 (5) Satz 1 BauGB, wonach Bauleitpläne u. a. dazu beitragen sollen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu erweitern, wurden bei dieser Planung insbesondere folgende rechtlichen Regelungen beachtet:

Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Umweltbelange Grund und Boden, Eingriffsregelung i.S.d Bundesnaturschutzgesetzes, Schutz von NATURA 2000-Gebieten, Freizeit und Erholung, Vermeidung von Emissionen etc.

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Geruchsmissionen sowie deren Vorsorge (i.V.m. VDI-Richtlinien).

Anfälligkeit des Plangebietes für schwere Unfälle oder Katastrophen.

Bundesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres Wertes als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Berücksichtigung des allgemeinen und besonderen Artenschutzes.

Baugesetzbuch: Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen.

Berücksichtigung des Vermeidungs- und Ausgleichsgebotes voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes i.V.m. dem Bundesnaturschutzgesetz.

Europäische FFH- und Vogelschutzrichtlinie: Sicherung der Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume

Schutzgut Boden

Bundesbodenschutzgesetz: Langfristiger Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt.

Einwirkungen auf die natürliche Funktion der Böden sind möglichst zu vermeiden. Nach § 7 obliegt dem Grundstückseigentümer die entsprechende Vorsorgepflicht, soweit dies auch im Hinblick auf den Zweck der Nutzung des Grundstückes verhältnismäßig ist.

Baugesetzbuch: Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.

Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im Notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen zudem durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastete Böden.

Bundesnaturschutzgesetz: Nach § 14 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen auch dieses Schutzgutes auszugleichen.

Schutzgut Wasser

Wasserhaushaltsgesetz und Landeswassergesetz: Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.

Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen bei den Regelungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Schutzgut Luft

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen

Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne.

Schutzgut Klima

Baugesetzbuch: Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Schutzgut Landschaft

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.

Baugesetzbuch: Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne und Anwendung der Eingriffsregelung bei Eingriffen in das Landschaftsbild.

Schutzgut Kultur und Sachgüter

Denkmalschutzgesetz: Berücksichtigung von Bodendenkmalen, Denkmalbereichen und Baudenkmalern.

Baugesetzbuch: Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung.

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die oben dargestellten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze lediglich einen bewertungsrelevanten Rahmen darstellen, während die Zielvorgaben von Fachplänen hierüber hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die übergeordneten Planungen werden durch Abgleich ihrer räumlichen Vorgaben mit den Zielen und Zwecken des Bebauungsplanes beachtet.

Die Berücksichtigung der Fachgesetze erfolgt v.a. durch die Auswertung von Umweltdatenbanken, durch Beachtung von Schutzgebietsausweisungen, durch die Bearbeitung der gesetzlichen Eingriffsregelung in einem Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie durch Bearbeitung des gesetzlichen Artenschutzes in einer Artenschutzprüfung.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Die Stadt Siegen wird hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum mit einer Konzentration überzentraler Einrichtungen deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und die Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungsachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen.

Am 31.08.2018 hatte die Universitätsstadt 102.074 Einwohner, der an das Plangebiet angrenzende Stadtteil Breitenbach hatte 337 Einwohner.

2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Die überschlägige Prognose am Ende jedes Unterkapitels erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der in der Anlage 1 des BauGB, Punkt 2b, genannten Prüfpunkte.

Die Grundlagen für die Bewertung sind in der Begründung zum FNP sowie im artenschutzrechtlichen und landschaftspflegerischen Fachbeitrag (LBP) zusammengetragen worden. Dort ggf. fehlende Angaben zu Bewertungskriterien werden in den nachfolgenden Unterkapiteln ergänzt.

2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Für die Betrachtung des Menschen als Schutzgut selbst sind zum einen gesundheitliche Aspekte, in der Bauleitplanung vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte wie Erholungs-, Freizeitfunktionen und Wohnqualität von Bedeutung. Zusätzlich muss die Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle und Katastrophen überprüft werden, da dieser Belang 2018 neu in das BauGB aufgenommen wurde.

Bestand: Das Plangebiet befindet sich östlich des Siegener Stadtteil Breitenbach und liegt etwa 250 m vom Hauptort entfernt.

Potenzielle Emissionen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb können in Bezug auf den Stadtteil Breitenbach folgendermaßen umrissen werden:

Geruchsimmissionen: Im Vergleich zu genehmigungsbedürftigen Anlagen (Schweine- und Geflügelbetriebe) ist die Belastung bei Reitbetrieben relativ gering, wenn die entsprechenden VDI - Richtlinien vom Betreiber eingehalten werden. Die zulässige Belastung ist für Wohn- und Mischgebieten vergleichbar, nur in Dorfgebieten ist ein höheres Maß an Geruchsimmissionen zulässig.

Lärmimmissionen: Auch in Bezug auf Lärm hat der Landwirt die entsprechenden Richtlinien einzuhalten. Auch wenn es keine festgesetzten Mindestabstände zu beachten gilt, werden als allgemein anerkannte Erfahrungswerte Mindestabstände zur Wohnbebauung von 100 m empfohlen. Im Bereich Lärm gibt es zu beachtende Richtwerte. Die erlaubten Immissionsbelastungen sind in Misch- und Dorfgebieten höher als in allgemeinen Wohngebieten.

Der bestehende Aussiedlerhof hat bislang keine Beschwerden, z.B. wegen erhöhter Lärm- oder Geruchsbelästigungen, ausgelöst.

Von Kaan-Marienborn führt die K 7 durch das Breitenbachtal bis in den südöstlichen Bereich der Ortschaft Breitenbach. Die K 7 endet nördlich des Reitstalls Daub. Somit ist das Plangebiet an das überregionale Straßenverkehrsnetz angebunden. Es führen keine weiteren Hauptverkehrsachsen in den Stadtteil Breitenbach.

Der kartografischen Abbildung von Betriebsbereichen und Anlagen nach StörfallVO (KABAS)¹ ist zu entnehmen, dass aktuell in einem größeren Umkreis zum Plangebiet keine Betriebsbereiche bekannt sind, die im Hinblick auf angemessene Sicherheitsabstände nach § 50 BImSchG zu berücksichtigen wären.

Lufthygienische Daten liegen aus dem Plangebiet nicht vor. Aus den Ergebnissen zurückliegender Luftgüteuntersuchungen des Landesumweltamtes NRW kann abgeleitet werden, dass die Belastung der bodennahen Luftschicht im Plangebiet mit den Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickoxide, Staubbiederschlag, Ozon und Schwebstaub deutlich unterhalb der gesetzlichen Richt- und Grenzwerte liegt.

Im Flächennutzungsplan wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Bewertung der Planung: Der „FNP“ trifft keine besonderen Regelungen zum Immissionschutz zu Gunsten des Stadtteils Breitenbach. Im Plangebiet ist nur bedarfsgerechter Wohnraum für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand vorgesehen.

Durch die geplante Betriebsvergrößerung und die zusätzlichen Nutzungen „Touristik“ und „Freizeit“ ist mit einer lokalen Zunahme der Immissionsbelastung in der Ortslage von Breitenbach durch Ziel- und Quellverkehr zu rechnen. Das Maß dieser Belastungen kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden.

Ein Flächenverlust für die wohnortnahe Kurzzeiterholung ist durch Bebauung von Grünlandflächen gegeben. Gleichzeitig wird die Attraktivität der landschaftsgebundenen Freizeit und Erholungsnutzung durch Erweiterung des Freizeitangebotes „Reiten“ und zusätzliche Einrichtungen des Segments „Freizeit“ erhöht.

Durch die FNP-Änderung werden keine Vorhaben zulässig, die schwere Unfälle oder Katastrophen (Störfälle) verursachen könnten.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Immissionsbelastungen in der Ortslage Breitenbach durch die zusätzlichen Nutzungen „Touristik“ bzw. „Freizeit“ ist i.R.d. Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt

Auf der Grundlage der Naturschutzgesetze sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen. Der Schutz der biologischen Vielfalt wurde als Umweltbelang in das Baugesetzbuch aufgenommen. Der Begriff verbindet drei Ebenen der Vielfalt,

¹ www.lanuv.nrw.de/umwelt/industrieanlagen/anlagensicherheit/stoerfallverordnung/

die ineinandergreifen: die Vielfalt an Ökosystemen oder Lebensräumen, die Artenvielfalt und die Vielfalt an genetischen Informationen, die in den Arten enthalten sind.

Bestand: Von den Schutzgebieten des Kapitel 4 BNatSchG ist durch die Planung nur das Landschaftsschutzgebiet Siegen betroffen. Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL wurden nicht angetroffen.

Die Bewertung der direkt durch Bebauung betroffenen Biotope erfolgte im Landschaftspflegerischen Begleitplan durch das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“. In diesem Bewertungsverfahren sind u.a. auch die Kriterien Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Biotopen berücksichtigt. In der Skalierung von 0 bis 10 Wertpunkten erreichen die betroffenen Biotoptypen einen maximalen Grundwert von 3 Punkten (Intensivgrünland). Es ist somit nur die Natürlichkeitsstufe „naturferne Biotoptypen²“ betroffen.

Das durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes potenziell betroffene Artenspektrum besteht im Wesentlichen aus gebäudebewohnenden Fledermäusen und Vogelarten. Die Betroffenheit ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sollen.

Bewertung der Planung: Die Belastbarkeit der Schutzgüter muss unter besonderer Berücksichtigung der ihnen zugewiesenen Schutzkategorien (hier: Landschaftsschutzgebiet) beurteilt werden.

Die Artenschutzvorprüfung kommt zu folgendem Ergebnis: Es ist möglich, dass bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse müssen zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Durch Festsetzungen im Bebauungsplan müssen hochwertige Biotope und Habitate planungsrelevanter Tierarten geschützt werden. Die Eingriffe müssen durch entsprechende Steuerung auf naturferne Biotoptypen gelenkt werden. Auch eine besondere Betroffenheit von nicht planungsrelevanten Tierarten muss vermieden werden.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden. Die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände kann erst auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung von Gebäuden erfolgen.

2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen

Die Inhalte des Bodenschutzes richten sich einerseits auf die Reduzierung der Flächenversiegelung und andererseits auf die Sicherung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Bodens durch den Schutz vor stofflichen und nicht stofflichen Beeinträchtigungen. Daraus ergeben sich für die Bauleitplanung ein Mengenziel (sparsamer Umgang) und ein Qualitätsziel (schonender Umgang). Zielkonflikte zwischen diesen beiden Zielen sind möglich: Flächensparende, hochverdichtete Bauungskonzepte können durch den hohen Versiegelungsgrad den Boden und seine Funktionen stark belasten oder sogar vollständig zerstören. Die Abwägung hat unter

² LANUV NRW (2008): Gruppierungsprinzip der Biotoptypenbewertung

Berücksichtigung der Wertigkeit des betroffenen Bodens und der Kompensationsmöglichkeiten zu erfolgen.

Neu in das BauGB wurde 2018 das Schutzgut „Fläche“, i.S.v. Flächenverbrauch bzw. Flächeninanspruchnahme, aufgenommen. Dies korrespondiert mit den Grundsätzen des § 1 (5) BauGB (die städtebauliche Entwicklung soll vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen) und des § 1a (2) BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung). Weiterhin soll die Notwendigkeit der Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen und Wald begründet sein.

Bestand: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des FNP ist eine schutzwürdige Braunerde mit großem Wasserrückhaltevermögen des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Im Plangebiet sind durch die landwirtschaftliche Betriebsstätte bereits 17.281 m² Fläche versiegelt und teilversiegelt oder weitgehend verändert (Paddocks, Dunglager, Staugewässer, Gärten).

Bewertung der Planung: Es sind ausschließlich landwirtschaftliche Flächen betroffen. Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten landwirtschaftlichen Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden. Dies ist durch Festsetzungen im Bebauungsplan zu gewährleisten.

Folgende Erfordernisse der Raumordnung sind, ebenfalls durch entsprechende Festsetzungen, abschließend im Bebauungsplan zu beachten:

- Gemäß Grundsatz 7.1-1 LEP, Ziel 13 und Grundsatz 9 Abs. 1 des Regionalplanes ist die Inanspruchnahme von Freiraum auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen.
- Mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 des Regionalplanes ist die beabsichtigte Planung auf den unbedingt erforderlichen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsraumangepasst zu gestalten.

Geplante Ausgleichs-/Vermeidungsmaßnahmen: Im Hinblick auf Grundsatz 7.1-4 Abs. 1 LEP ist der o.g. schutzwürdige Boden durch entsprechende Festsetzungen abschließend im Bebauungsplan zu berücksichtigen. Ein Eingriff in schutzwürdige Bodentypen kann z.B. durch eine Zusatzbewertung i.R.d. gesetzlichen Eingriffsregelung kompensiert werden.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Gewässer sind Bestandteil des Naturhaushaltes, Lebensraum für Tiere und Pflanzen und gehören zu den Lebensgrundlagen des Menschen. Bei der Betrachtung dieses Schutzgutes sind somit Einflüsse auf den Grundwasserhaushalt, die Grundwasserqualität sowie der Zustand von fließenden und ruhenden Gewässern von Bedeutung.

Weiterhin ist ein sachgerechter Umgang mit Abwässern (und Abfällen) zu sichern.

Bestand: Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechtes. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und einem Regenrückhaltebecken entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Die Entsorgung von Schmutzwasser erfolgt über eine vom Eigentümer der Flächen privat betriebene vollbiologische Kläranlage innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.

Bewertung der Planung: Durch Bebauung und Versiegelung von Flächen wird der Oberflächenabfluss erhöht und die Grundwasserneubildung reduziert.

Durch die festgesetzte Art der baulichen Nutzung wird kein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen begründet.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Nutzung von Systemen zur Regenwassernutzung oder Versickerung wird empfohlen.

Gemäß § 4 Abfallbeseitigungsgesetz dürfen Abfälle nur auf der dafür vorgesehenen Deponie abgelagert werden. Hierbei ist die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Siegen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Im Bebauungsplanverfahren sind der Umgang mit Niederschlagswasser und die Regenwassernutzung abschließend zu regeln.

2.1.5 Schutzgut Klima und Luft

Verunreinigungen der Luft durch Emissionen (u. a. Industrie, Energie- und Wärmeversorgung, Verkehr und Landwirtschaft) sollten i. R.d. Bauleitplanung beschränkt werden. Dort, wo sie nicht vermeidbar sind, geht es darum, die allgemeinen Anforderungen an gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse zu sichern. Ziel ist die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität.

Die sparsame und effiziente Nutzung von Energie, sowie die Nutzung erneuerbarer Energien soll gefördert werden. Zusätzlich geht es bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz.

Beim Schutz des Lokalklimas geht es um die Berücksichtigung klimabedeutsamer Flächen, die aufgrund der Vegetationsstruktur, Topographie und Lage geeignet sind für Luftreinhaltung, Temperatúrausgleich, Lüfterneuerung und Ventilation zu sorgen.

Nicht zuletzt ist dem Klimaschutz durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken sowie durch Anpassungen an den Klimawandel Rechnung zu tragen.

Bestand: Im Plangebiet treten v.a. Emissionen durch landwirtschaftliche Nutzung sowie Energie- und Wärmeversorgung auf.

Die von der Erweiterung betroffenen Grünlandbereiche haben Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Der Abfluss erfolgt nach Osten und Westen in die anschließenden Tallagen, bzw. in die Ortslage von Breitenbach. Der Kaltluftabfluss ist, durch Gehölze und Waldbereiche, jedoch nicht uneingeschränkt.

Bewertung der Planung: Das Klimageschehen in Breitenbach wird wahrscheinlich auch zukünftig weitestgehend von den Freiflächen des Außenbereiches bestimmt, eine spürbare Verschlechterung des örtlichen Klimas ist nicht zu erwarten.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die sparsame und effiziente Energienutzung ist durch die Beachtung der Energieeinsparverordnung (EnEV i.V.m. DIN V 18599) i. R.d. Baugenehmigungsverfahren gewährleistet.

Die Nutzung der Sonnenenergie durch Solaranlagen auf Dachflächen wird empfohlen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Durch die Festsetzungen von Art und Maß der Nutzung im Bebauungsplan sind außergewöhnliche Erhöhungen von Emissionen aus dem Plangebiet auszuschließen.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Bei der Betrachtung der Landschaft als Schutzgut stehen das Landschaftsbild bzw. die optischen Eindrücke des Betrachters im Vordergrund. Neben dem Erfahren und Erleben der natürlich gewachsenen Landschaften, wie auch der Kulturlandschaften, geht es um deren Informations- und Dokumentationsfunktion in Bezug auf gesellschaftliche und natürliche Veränderungsprozesse.

Bestand: Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert und seitdem kontinuierlich gewachsen. Der Betrieb ist Bestandteil eines Wald-Offenland-Mosaiks. Als vorbelastende Landschaftsbildstörungen befinden sich eine Hochspannungsleitung und eine Windenergieanlage im Umfeld des Plangebietes.

Bewertung der Planung: Dieses Teilmedium muss unter besonderer Berücksichtigung seiner Lage im Landschaftsschutzgebiet Siegen und in einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild betrachtet werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Auf Ebene dieses „FNP“ sind keine Vermeidungsmaßnahmen geplant.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes und Gestaltungsfestlegungen im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Hierunter sind Güter zu verstehen, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung als architektonisch wertvolle Bauten (z. B. Gebäude, gärtnerische Anlagen und andere von Menschen geschaffene Landschaftsteile) oder archäologische Schätze darstellen und deren Nutzbarkeit durch das Vorhaben eingeschränkt werden könnte.

Bestand: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung: „Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Nördlich und westlich des Plangebietes grenzen Waldflächen an.

Bewertung der Planung: Die Empfehlung des LWL, eine archäologischen Untersuchung im Vorfeld der Planung durchzuführen, wird nicht aufgegriffen.

Teile der vorgesehenen Bebauung können u.U. im Sicherheitsabstand zum Wald (30 m) liegen. Durch umstürzende Bäume können, als sonstige Sachgüter, Gebäude beschädigt werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Der Umgang mit archäologischen Funden ist durch Festsetzung folgendermaßen geregelt:

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

In der Begründung wird folgender Hinweis bei Unterschreitung des Waldabstandes gegeben: Liegen bei Antragsstellung auf Baugenehmigung Bauobjekte im Sicherheitsabstand zum Wald (Sicherheitsabstand 30 Meter), ist der Abschluss eines Haftungsausschlusses (Haftungsverzichtserklärung) inkl. eines Verzichts auf künftige Forderungen zwingend und der Forstverwaltung der Stadt Siegen vorzulegen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.8 Wechselwirkungen

Die nach den Vorgaben des Baugesetzbuches zu betrachtenden einzelnen Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den in den Kapiteln 2.1.2 bis 2.1.7 beschriebenen Schutzgütern zu betrachten.

Die Anzahl ökosystemarer Wechselbeziehungen in einem Landschaftsraum sind potenziell unendlich. Aufgrund theoretischer (wissenschaftliche Kenntnislücken) und praktischer (unverhältnismäßig hoher Untersuchungsaufwand) Probleme ist eine vollständige Erfassung aller Wechselbeziehungen im Rahmen einer Umweltprüfung im Sinne einer wissenschaftlichen Ökosystemanalyse nicht möglich. Folglich werden nur die Wechselwirkungen erfasst und bewertet, die ausreichend gut bekannt und untersucht sind und die im Rahmen der Umweltprüfung entscheidungserheblich sein können.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung der Wechselwirkungen des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung kann davon ausgegangen werden, dass die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung beibehalten wird und die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebene Umweltwirkung der Schutzgüter weitgehend unverändert bleibt.

2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Als mögliche erhebliche Auswirkungen bei Durchführung der Planungen in der Bau- und Betriebsphase konnten in den vorangegangenen Kapiteln keine Punkte analysiert werden.

Eine abschließende Beurteilung muss jedoch auf die nächst Planungsebene, das Bebauungsplanverfahren, verschoben werden. Hierbei müssen insbesondere Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt werden.

2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Im Rahmen der Aufstellung des aktuell wirksamen FNP der Stadt Siegen erfolgten für den Standort keine Einzel- oder Sonderausweisungen. Höfe bzw. Hofstellen in ländlichen Gebieten wurden allgemein als Flächen für die Landwirtschaft ohne spezielle Nutzungsart der Betriebe ausgewiesen. Eine Alternativprüfung auf der Ebene des Gesamt-FNP für eine grundsätzliche Standortauswahl für dieses Sondergebiet erfolgte dort daher nicht.

Eine Verlagerung der Planung in andere Bereiche des Stadtgebietes ist wegen der benötigten landwirtschaftlichen Strukturen im Außenbereich (Hofstelle) sowie anderweitiger Umstände (bestehende Strukturen, Mehr-Generationenbetrieb) nicht umsetzbar. Dies würde zudem der Zielsetzung widersprechen den vorhandenen Standort planerisch zu sichern.

Alternativen zum jetzt betriebenen Standort mit geringeren Umweltauswirkungen dürften daher nicht bestehen.

Alternativen zu den Planungsinhalten wurden geprüft, u.a. die Beibehaltung der Ausweisung als Fläche für Landwirtschaft, was aber aufgrund der ausgewiesenen Spezialisierung des Hofes als nicht zielführend erachtet wurde. Bezüglich des Baugebietes wurde eine Ausweisung als „Sondergebiet, das der Erholung dient“ erörtert, was jedoch die Hauptnutzung nicht exakt wiedergibt und bezüglich der damit verbundenen fremdenverkehrlichen Funktion regionalplanerische Bedenken auslöst. Daher wurde davon Abstand genommen.

2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes

Es sind weder Schutzbereiche von Störfallbetrieben betroffen noch werden Nutzungen ausgewiesen, die eine Störfallrelevanz aufweisen können. Es sind somit keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 (6) Nr. 7 Buchstabe j zu erwarten. Der Belang des Störfallschutzes ist angemessen berücksichtigt.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung

Die Erhebung und Bewertung der Umweltschutzelange erfolgte in Anlehnung an die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehenen „Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung“ (Anlage 3 des UVPG vom 18. März 2021 BGBl. I S. 540, geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 BGBl. I S. 4147) und die vom RP-Gießen zusammengestellten Erläuterungen „Die UVP in der Bauleitplanung nach dem seit 3.8.01 geltenden Recht“.

Für den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden v.a. die Ergebnisse des Landschaftsplanes und verschiedener Umweltdatenbanken verwendet und in einem landschaftspflegerischen Begleitplan zusammengestellt. Die Überprüfung von Arten erfolgte u.a. nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landes-Ministerien 2010: „Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben“ und wurde in einer Artenschutzprüfung zusammengestellt.

Aufbau und Struktur dieses Umweltberichtes erfolgt in Anlehnung an die „Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen“³.

Auf der Ebene des FNP wurden die Umweltauswirkungen soweit prüfbar dargelegt. Durch die FNP-Änderung selbst werden keine erheblichen Umweltauswirkungen verursacht. Daher wird nach § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen im Umweltbericht des Bebauungsplans bearbeitet.

3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt

Die Umweltüberwachung konzentriert sich auf erhebliche Umweltauswirkungen. Somit ist die Kommune nicht verpflichtet, alle umweltrelevanten Festsetzungen und Auswirkungen der Planung umfassend und regelmäßig zu kontrollieren. Folgende Eingrenzung der überwachungspflichtigen Auswirkungen bietet sich nach den Regelungen des § 4c BauGB an:

In Kapitel 2.2 konnte keine Prognose über erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt i. S. d. UVPG erfolgen. Überwachungsmaßnahmen aufgrund von Prognosen können deshalb nicht formuliert werden.

Erhebliche Umweltauswirkungen wegen fehlenden Vollzugs sollten auf Festsetzungen des Bebauungsplanes bezogen sein und sind daher auf dieser Planungsebene abschließend zu besprechen.

3.3 Zusammenfassung

Mit diesem Umweltbericht wurde überprüft, ob durch diese Bauleitplanung erhebliche Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, vorbereitet werden. Hierzu gehören:

- Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen, Landschaft, biologische Vielfalt
- Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung

³ Siehe Fußnote 4

- Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit, auf die Bevölkerung, Kulturgüter sowie sonstige Sachgüter
- Vermeidung von Emissionen, sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern
- Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- Darstellungen von Fachplänen
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes
- Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sowie Flächenverbrauch
- Wiedernutzbarmachung, Nachverdichtung und Innenentwicklung von Flächen
- Beurteilung von Vermeidung, Verminderung und Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Eingriffsregelung)

Die Gemeinde hat hierzu im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit den Fachbehörden den Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlungen festgelegt, welcher sich nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden als angemessen für diesen Bebauungsplan ergibt.

Auf der Ebene des FNP erfolgt kein Eingriff, die FNP-Änderung dient der Umsetzung der Bebauungsplanung Nr. 431 „Reitstall Daub. Die auf der Ebene des FNP damit zusammenhängenden Umweltauswirkungen wurden soweit dargelegt, wobei durch die FNP-Änderung keine erheblichen Umweltauswirkungen verursacht werden. Gemäß § 2 (4) Satz 5 BauGB werden die durch den konkreten Eingriff verursachten erheblichen Umweltauswirkungen im Umweltbericht zum Bebauungsplanverfahren bearbeitet. Hierbei wurde eine Umweltprüfung und eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt, anhand derer durch Kompensationsmaßnahmen das Ausgleichsdefizit ausgeglichen wird und somit die Umweltauswirkungen kompensiert werden.

3.4 Quellenangaben

Die verwendeten Gutachten, Erlasse und Leitfäden sind in Kapitel 3.1 aufgeführt. Berücksichtigte Fachgesetze und Planungen sind in Kapitel 1.2 aufgelistet. Auf spezielle Leitfäden, Fachgutachten etc. für die einzelnen Schutzgüter wird in Kapitel 2 hingewiesen.

Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I)

*zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen -
Breitenbach*

Uwe Meyer

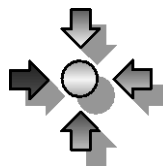
Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung

Stadtplanung

Ökologie

Forst



Stand: Fassung zur Genehmigung, Februar 2022

Inhaltsangabe

1 Einleitung und Aufgabenstellung	3
2 Bestandserfassung.....	3
2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen	3
2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung.....	6
3 Schutzkategorien	7
3.1 Schutzgebiete.....	7
3.2 Umwelthaftung	7
4 Artenschutz.....	7
4.1 Rechtsgrundlage	7
4.2 Vorprüfung	8
4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums.....	8
4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren.....	9
4.2.3 Fazit der Vorprüfung	9
5 Eingriffsregelung	10
5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz	10

1 Einleitung und Aufgabenstellung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die 101. Änderung des Flächennutzungsplans Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen - Breitenbach.

Mit der 101. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Hochschulstadt Siegen für den Bereich Breitenbach im Bereich „Reitstall Daub“ wird die Voraussetzung zur Schaffung von sonstigen Sondergebieten, mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ geschaffen. Diese FNP-Änderung wird im nachfolgenden Text des Umweltberichtes mit „FNP“ abgekürzt.

Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden.

In diesem Fachbeitrag wird die gesetzliche Eingriffsregelung nach § 18 BNatschG bzw. BauGB, die Berücksichtigung von Schutzkategorien (z.B. nach BNatSchG und USchadG) und der besondere Artenschutz nach §§ 44 ff BNatSchG bearbeitet.

2 Bestandserfassung

Die Reitstallanlage mit Reithalle, Reitplatz, Stallgebäuden, wassergebundenen Flächen und Wohnhäusern liegt östlich von Siegen-Breitenbach auf einer Höhe von etwa 415 m ü. NHN und ist meist umgeben von Grünland. Das Grünland westlich, östlich und südöstlich der Stallgebäude besteht aus intensiv genutzte Fettweiden die teilweise in schmale Pferdekoppeln unterteilt sind. Zum Teil wurden Flächen neu eingesät.

Im Süden grenzt ein Fichtenhochwald an. Nördlich und südöstlich grenzen größere Weide- und Wiesenflächen an.

Am Westrand des großen Sandplatzes befindet sich ein Überlaufbecken für oberflächlich ablaufendes Regenwasser, welches vermutlich zeitweise trockenfällt. Ein Regenrückhaltebecken (RRB) befindet sich östlichen Plangebiet. Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und dieses RRB entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Östlich der Stallanlage befindet sich eine Allee aus alten Stieleichen. Gegenüber der Reithalle steht entlang der Zufahrtsstraße eine Allee aus Mammutbäumen. Im südlichen Bereich befindet sich eine kleine Weihnachtsbaumkultur.

Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert. Aktuell werden in Offenstallhaltung 70 Pferde beherbergt. Die angewandte Paddock, Laufstall und Herdenhaltung benötigt weitläufige Weiden, da das Grünland durch Pferdetritt deutlich stärker belastet wird als durch andere Weidetiere. So ist v.a. das hofnahe Grünland durch intensive Weidenutzung und wechselnde Neuansaatflächen geprägt.

2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen

Zunächst werden die nachfolgend aufgeführten Daten- und Informationsgrundlagen ausgewertet.

Untere Naturschutzbehörde des Kreises

Im Plangebiet befinden sich naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen bzw. -maßnahmen, die i.R. von Baugenehmigungsverfahren bestimmt wurden. Die entsprechenden Räume sollten im Rahmen der Bebauungsplanung gesichert werden.

Landschaftsplan der Stadt Siegen¹: Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen.

Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Alle und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Naturschutzinformationssystem @LINFOS²: Auch hier werden für das Plangebiet keine weiteren Schutzkategorien ausgewiesen.

Die südlich des Plangebietes angrenzenden Fichtenforste gehören zur Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung VB-A-5014-014. „Laubwälder Rabenhain und Hohe Ley“. Das Schutzziel dieser Einheit lautet: „Erhaltung großflächiger Laubwald-Biotope einschließlich eingelagerter Quellen und Quellbäche als naturnaher ökologischer Ausgleichsraum in direkter Nachbarschaft zum Siegener Verdichtungsraum.“

In einer Entfernung von 60 m südöstlich des Plangebietes befindet sich die Biotopkatasterfläche BK-5114-073 „Niederwaldreste östlich Breitenbach“. Als Schutzziel ist formuliert: Schutz und Erhaltung von Niederwäldern; Erhaltung der Laubholzbestockung.

Fachinformationssystem ELWAS-WEB³: Schutzgebiete nach Wasserrecht befinden sich nicht im Plangebiet.

Das Fachinformationssystem hält auch die Geobasisdaten NRW 2013 vor: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des BP ist eine Braunerde des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Planungsrelevante Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen⁴: Die Liste der planungsrelevanten Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen wird beachtet.

Landschaftsbild⁵: Der Fachbeitrag „Naturschutz und Landschaftspflege; Teilbeitrag Landschaftsbild, Landschaftsbereiche mit herausragender Bedeutung für den Kreis Siegen-Wittgenstein“ ordnet das weitere Anlagenumfeld der Landschaftsbildeinheit LB 3.1-C (33)

¹ www.siegen-wittgenstein.de/

Kurzmen%C3%BC/Suchergebnis/index.php?La=1&object=tx,2170.482.1&kat=&sub=0

² <https://www.naturschutzinformationen.nrw.de/coyo/login>

³ <https://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf>

⁴ <http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt>

⁵ LANUV 2005

Wald-Offenland-Mosaik-Landschaftsbildeinheit „Siegerland - Südliches Siegener Bergland“ zu. Die Bewertung dieser Einheit ist mit 3,66 von 4,00 möglichen Punkten hoch, sie ist von herausragender Bedeutung. Neben der Erhaltung dieser Einheit wird ein weitgehender Verzicht auf großflächige Erstaufforstungen und Weihnachtsbaumkulturen empfohlen.

In der Beschreibung der Landschaftsbildeinheit bzw. in den allgemeinen Erläuterungen des Landschaftsplanes zum Landschaftsschutzgebiet wird für das Wald-Offenland-Mosaik im Berg- und Hügelland keine landschaftsstrukturelle oder kulturhistorische Besonderheit geschildert. Ebenso fehlen Angaben zu markanten Einzelschöpfungen. Als besonders charakteristische Landschaftselemente werden die zahlreichen extensiv landwirtschaftlich genutzten Fluss- und Bachtäler genannt.

Auch nach der Bewertung der Landschaftsbildeinheiten in NRW durch die LANUV (Stand 09.03.2017)⁶ hat diese Einheit eine herausragende Bedeutung für das Landschaftsbild.

Kulturlandschaft⁷: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung:

„Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Unzerschnittene, verkehrsarme Räume⁸: Räume mit geringer Zerschneidung, Zersiedlung und Verlärmung (UZVR) stellen eine endliche Ressource dar und können, wenn überhaupt, nur mit großem Aufwand wiederhergestellt werden. Sie bieten für Tierarten mit speziellen Anforderungen an kaum zerschnittene, zusammenhängend störungsarme Räume die benötigte Lebensgrundlage. Die Zerschneidung von Räumen wirkt sich auch auf das Landschaftsbild und damit die historisch gewachsenen Kulturlandschaften aus. Die Landesanstalt LANUV unterteilt und bewertet nach der Größe dieser zusammenhängenden Räume folgende UZVR Größenklassen [km²]:

1-5	5-10	10-50	50-100	>100
-----	------	-------	--------	------

Das gesamte Anlagenumfeld liegt in der in NRW am häufigsten vertretenen Größenklasse zwischen 10 - 50 km² und hat damit nur eine mittlere Bedeutung für dieses Schutzgut.

Biologische Station Siegen-Wittgenstein: Nach mündlicher Information liegen der Biostation keine vertiefenden Daten und Informationen zum Plangebiet vor.

⁶ http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/web/babel/media/20181005_lbe_internet.pdf

⁷ https://www.lwl.org/@/files/30441081/a0_hochformat-karte-3.pdf

⁸ <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/uzvr/de/einleitung>

2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung

Eigene Bestandserhebungen erfolgten im April 2019 durch Portig-Frede GbR. Zur Abgrenzung der Biotoptypen wurde das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“ verwendet.

Die in Kapitel 2 verbal beschriebenen Biotoptypen im Plangebiet werden nach dem Bewertungsverfahren folgendermaßen codiert und bewertet:

VF0-1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen etc.). Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt. Teilweise Verwendung zur Bewässerung der Reitanlagen und damit ortsnahe Rückführung zum Grundwasser.	0,75
VF1	Teilversiegelte Flächen (Schotterwege und -flächen, wassergebundene Decken, offener Reitplatz etc.)	1
VF1	Pferde-Paddocks, stark verdichtetes Grünland mit Materialeintrag (Holzhäcksel etc.); Dunglager	1
FH, wf4	Staugewässer: Regenauffangbecken im Osten und Rückhaltebecken für Oberflächenwasser im Westen, naturfern	2
HJ, ka4 + mc1	Zier- und Nutzgärten, Rasenflächen	2
VB7, stb3	Stark frequentierter Pferdeauslauf auf Rohboden, nährstoffreich	3
EA3	Neueinsaat Feldgras	2
EA, xd3	Intensivmähweide, artenarm	3
EA, xd5	Intensivmähweide, mäßig artenreich	4
HJ7, eh5	Weihnachtsbaumkultur mit Grünlandvegetation	3
HM, xd4	Grünanlage strukturarm, geringer Baumbestand	3
BF, ta1-2	Baumreihe aus nicht lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz	4
BF, BF3 ta1-2	Baumreihen, Einzelbäume aus lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz Hierzu gehören auch die mit A1 bis A8 im BP festgesetzten Kompensationsmaßnahmen aus bestehenden Baugenehmigungen.	7

Tabelle 1: Nutzungs- und Biotoptypen

3 Schutzkategorien

3.1 Schutzgebiete

Landschaftsschutzgebiet: Hier sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern können, dessen Schutzzweck zuwiderlaufen oder die zu einer nachhaltigen Schädigung des Naturhaushalts oder zur Verunstaltung des Landschaftsbildes führen können. Verboten ist insbesondere, bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 BauO NRW zu errichten.

Widerspricht der Träger der Landschaftsplanung im Flächennutzungsplanänderungsverfahren nicht dieser Bauleitplanung, treten die o.g. widersprechenden Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes gemäß § 20 (4) LNatSchG außer Kraft.

Biotopkatasterflächen/Biotopverbundflächen: Die an das Plangebiet angrenzenden Biotopkataster- und Biotopverbundflächen weisen als Schutzzweck und Erhaltungsziel naturnahe Laubwaldbestände aus. Da diese Strukturen im Plangebiet nicht vorkommen, werden die bestehenden Schutzzwecke und Erhaltungsziele der Biotopflächen durch die Planung nicht berührt.

3.2 Umwelthaftung

Aufgrund des Umweltschadensgesetzes können den für einen Umweltschaden Verantwortlichen Informations-, Gefahrenabwehr- und Sanierungspflichten treffen. Als Umweltschaden definiert ist u.a. die Schädigung von bestimmten natürlichen Lebensräumen, z.B. von Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL. Entsprechende Lebensräume wurden nicht angetroffen.

4 Artenschutz

4.1 Rechtsgrundlage

Der Artenschutz im Rahmen von Planungs- und Zulassungsverfahren richtet sich nach §§ 44 ff Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).

Insgesamt konzentriert sich das Artenschutzregime bei Planungs- und Zulassungsverfahren auf die europäisch geschützten FFH-Anhang-IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Die nur national besonders geschützten Arten müssen bei normalen Bebauungsplänen im Rahmen der Eingriffsregelung berücksichtigt werden.

Nach § 44 (1) BNatSchG sind für alle o.g. Arten folgende Zugriffsverbote einzuhalten:

1. Tötungsverbot für besonders geschützte Arten:
Hierzu zählt Nachstellen, Fangen, Verletzen und Töten von wild lebenden Tieren sowie, für ihre Entwicklungsformen, Entnehmen aus der Natur, Beschädigen oder Zerstören (Satz 1).
2. Störungsverbot für streng geschützte Arten und europäische Vogelarten:
Während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten ist es verboten Tiere so erheblich zu stören, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Dies entspricht faktisch einem ganzjährigen Störungsverbot (Satz 2).

3. Lebensstättenschutz für besonders geschützte Arten:

Ebenso dürfen ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten nicht aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden (Satz 3).

4. Wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten:

In der Aufstellung der geschützten Pflanzen im Kreis Siegen-Wittgenstein (UNB) ist keine der in NRW planungsrelevanten Arten aufgeführt.

Das LANUV NRW hat für Nordrhein-Westfalen eine naturschutzfachlich begründete Auswahl der Arten getroffen, die bei der artenschutzrechtlichen Prüfung einzeln zu betrachten sind. Diese Arten werden in NRW „planungsrelevante Arten“ genannt. Berücksichtigt wurde die aktuelle Liste „Erhaltungszustand und Populationsgrößen der planungsrelevanten Arten in NRW“ (LANUV, 14.06.2018).

Die übrigen in NRW vorkommenden europäischen Vogelarten werden hierbei nicht berücksichtigt. Bei diesen kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass wegen ihrer Anpassungsfähigkeit und des landesweit günstigen Erhaltungszustandes bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen wird.

Dem Plangeber dieses Bauleitplanes obliegt es im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse treffen würden und von Festsetzungen, denen dauerhaft ein rechtliches Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegenstünde, Abstand zu nehmen.

Die Artenschutzprüfung erfolgt nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landesministerien 2010: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben.

4.2 Vorprüfung

Die Grundlagen für diese Vorprüfung wurden in den Kapiteln 2 und 3 erarbeitet und dargestellt. Aufgrund dieser Informationen wird durch eine überschlägige Prognose geklärt, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können.

Können die in dieser Potenzial-Risiko-Analyse aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen nicht eingehalten werden, sind vor Baubeginn vertiefende Bestandserfassungen vor Ort nötig.

4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums

Bei den beiden Staugewässern handelt es sich um (ab-)wassertechnische Einrichtungen, die in regelmäßigen Abständen geräumt werden müssen und zumindest zeitweise trocken fallen. Die zeitweilige Bedeutung für nicht planungsrelevante Arten (z.B. Bergmolch und Grasfrosch) muss i.R.d. Eingriffsregelung beachtet werden. Sonderhabitate für planungsrelevante Amphibien und Reptilien wurden nicht gefunden.

Feucht-nasses Grünland mit Beständen des Großen Wiesenknopfes befinden sich nicht im Plangebiet. Von einem Vorkommen des Wiesenknopf-Ameisenbläulings kann nicht ausgegangen werden. Sonderhabitate für andere planungsrelevante Wirbellose wurden ebenfalls nicht gefunden.

Essenzielle Nahrungs- und Jagdbereiche, Flugrouten und Wanderkorridore wurden nicht festgestellt. Nicht essenzielle Habitastrukturen dieser Typen fallen grundsätzlich nicht unter den

Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Bei Arten, die als Nahrungsgäste (Jagdgebiet) und Durchzügler gelistet sind, wird somit auch kein Zugriffstatbestand ausgelöst.

Da sich das Plangebiet im direkten Umfeld der bestehenden Gebäudekulisse befindet, können Brutplätze störungsempfindlicher Wiesenbrüter und der Feldlerche ausgeschlossen werden.

Die Eichen der im östlichen Gebietsrand stehenden Baumreihe weisen z.T. potenzielle Baumhöhlen bzw. -spalten für Vögel bzw. Fledermäuse auf. Ein artenschutzrechtlicher Zugriffstatbestand kann bei Fällungen oder Beschädigungen der Bäume nicht ausgeschlossen werden. Der Bebauungsplan setzt deshalb diese Baumreihe als zu erhaltendes Element fest. Weitere strukturenbende Habitate im Plangebiet (Mammutbaum-Baumreihe, Grünanlage und standortheimische Einzelbäume) werden im Bebauungsplan ebenfalls als zu erhaltende Elemente festgesetzt.

Somit reduziert sich das potenziell betroffene Artenspektrum im Wesentlichen auf gebäudebewohnende Fledermäuse und Vogelarten:

Vögel: Mehlschwalbe, Turmfalke, Rauchschwalbe, Feldsperling, Gartenrotschwanz, Waldkauz, Star

Fledermäuse: Kleine Bartfledermaus, Fransenfledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr

4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren

Eine Beeinträchtigung potenzieller betroffener gebäudebewohnender Arten ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sollen.

Nicht der Bauleitplan (FNP) oder einzelne seiner Festsetzungen, sondern erst deren Verwirklichung stellt ggf. den artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand dar. Bei Maßnahmen in einem rechtskräftigen Bebauungsplan dürfen deshalb z.B. Abriss-, Neubau- und Erschließungsmaßnahmen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen. Der Bebauungsplan sollte daher einen entsprechenden Hinweis für den Bauherren und die bauausführenden Unternehmen beinhalten.

Folgende Wirkfaktoren können i.d.S. erst im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens abschließend geprüft werden:

- Neuerrichtung baulicher Anlagen in der Fortpflanzungszeit durch Störung, jedoch nur, wenn sich Größe und Fortpflanzungserfolg einer planungsrelevanten Art signifikant und nachhaltig verringert.
- Abbruch alter Gebäude
- Änderung der Nutzungsintensität oder von Betriebszeiten
- Verkehrszunahme

4.2.3 Fazit der Vorprüfung

Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ergeben sich keine Hinweise auf artenschutzrechtliche Betroffenheit, die die Umsetzung der Planung verhindern bzw. auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse. Jedoch können auf der konkreten Umsetzungsebene (Bauausführung), d.h. im Bereich der Bebauungsplanung durch bauliche Eingriffe, insbesondere in den Gebäudebestand, bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden. Daher sind auf der Ebene des Bebauungsplanes eine Potenzial-Risiko-Analyse und ggf. Maßnahmen zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände zu erarbeiten.

5 Eingriffsregelung

5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz

Mit dem § 8 BNatSchG (alt) führte die Bundesregierung 1976 die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und damit das Verursacherprinzip für den Naturschutz ein. Hierdurch wird der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Kerngedanke dieser Ordnung ist, einer weiteren Verschlechterung des Zustandes von Natur und Landschaft entgegenzuwirken und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren. Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des aktuellen BNatSchG (§ 14 Abs. 1) sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Nr. 3 i.V.m. § 135a BauGB).

Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ergeben sich keine Hinweise auf artenschutzrechtliche Betroffenheit, die die Umsetzung der Planung verhindern bzw. auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse. Jedoch können auf der konkreten Umsetzungsebene (Bauausführung), d.h. im Bereich der Bebauungsplanung durch bauliche Eingriffe, insbesondere in den Gebäudebestand, bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden.

Im B-Plan sind folgende Punkte zu bearbeiten:

- Eingriffsräume und Bestandsbewertung
- Herleitung der Eingriffe
- Auswirkungen des Eingriffs auf die Schutzgüter und Vermeidungsmaßnahmen
- Bilanzierung des Resteingriffs
- Kompensation